

Stand: 08.02.2026 10:36:13

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/17521

"Bayerische Interessen beim EU-Japan-Abkommen schützen"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/17521 vom 03.07.2017
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/18562 des BU vom 28.09.2017
3. Beschluss des Plenums 17/18740 vom 25.10.2017
4. Plenarprotokoll Nr. 114 vom 25.10.2017



Antrag

der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Günther Felbinger, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Alexander Muthmann, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer und Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Bayerische Interessen beim EU-Japan-Abkommen schützen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich im Rahmen der Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen zwischen der EU und Japan (JEFTA) auf Bundes- und Europaebene dafür einzusetzen, dass

1. das Verhandlungsmandat schnellstmöglich veröffentlicht wird und die Verhandlungen mindestens das Maß an Transparenz erreichen, das die Europäische Kommission in ihrer neuen Handels- und Investitionsstrategie „Handel für alle“ ankündigte,
2. über das geplante Freihandelsabkommen zwischen der Europäischen Union und Japan keine Paralleljustiz in Form von Schiedsgerichten für Investitionsstreitigkeiten eingeführt wird,
3. der Schutz unserer Gesundheit und Lebensmittelsicherheit durch die vollumfängliche Gewährleistung des Vorsorgeprinzips in den Vertragstexten sichergestellt wird,
4. der Schutz unserer öffentlichen Daseinsvorsorge und dabei insbesondere die Möglichkeiten zur Rekommunalisierung privatisierter öffentlicher Dienstleistungen sichergestellt wird,
5. Sozialstandards und Arbeitnehmerrechte effektiv geschützt werden und Japan für einen erfolgreichen Abschluss des geplanten Freihandelsabkommens verpflichtet wird, die noch nicht ratifizierten ILO-Kernarbeitsnormen (Internationale Arbeitsorganisation – ILO) gegen Zwangsarbeit und Diskriminierung am Arbeitsplatz zu ratifizieren,
6. effektive Regelungen mit verbindlichen Verpflichtungen zur Nachhaltigkeit aufgenommen werden.

Ferner wird die Staatsregierung aufgefordert, bis zum September 2017 dem Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen schriftlich über ihren aktuellen Kenntnisstand über das Abkommen zu berichten.

Begründung:

Seit März 2013 laufen weitestgehend im Geheimen die Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen zwischen der EU und Japan (JEFTA). Trotz der Ankündigungen der EU-Kommission, in ihrer künftigen Handelspolitik für mehr Transparenz zu sorgen, wurde bisher sehr wenig über das Abkommen mit Japan veröffentlicht. In ihrer neuen Handels- und Investitionsstrategie „Handel für alle“ vertrat die EU-Kommission noch die Auffassung, mangelnde Transparenz untergrabe die Legitimität der EU-Handelspolitik und das Vertrauen der Öffentlichkeit. Deshalb solle „Transparenz in allen Phasen des Verhandlungszyklus gelten“. Davon sind die JEFTA-Verhandlungen weit entfernt. Das Verhandlungsmandat selbst bleibt bislang unter Verschluss, weil es bereits 2012 angenommen, die Transparenz-Offensive der EU-Kommission aber erst im Jahr 2015 verabschiedet wurde. Erneut stehen der Öffentlichkeit höchstens geleakte Dokumente zur Verfügung, um sich ausschnittsweise ein Bild machen zu können.

Darüber hinaus beharrt die japanische Seite offenbar auf die Einrichtung einer Paralleljustiz für Investor-Staat-Streitigkeiten in Form privater Schiedsgerichte. Der Völkerrechtler Prof. Dr. Markus Krajewski (Friedrich-Alexander Universität Erlangen-Nürnberg) warnt in diesem Zusammenhang, dass einige Klauseln im momentanen Verhandlungsstand weicher formuliert sind als im strikter gefassten CETA-Vertragstext. Die Folge sei, dass „sich Investoren möglicherweise doch auf weitere Standards berufen können. Die strikten Standards, die bei CETA eingeführt wurden, die sehen wir jedenfalls jetzt in dem Abkommen mit Japan noch nicht.“ Wie schon bei TTIP muss auch in diesem Fall der Landtag an seiner Position gemäß Beschluss Drs. 17/2484 festhalten und die Staatsregierung analog auffordern, Schiedsgerichtsklauseln im JEFTA zu verhindern. Sie lautete damals: „Der Bayerische Landtag lehnt die geplante Vereinbarung von Schiedsverfahren für Investor-Staat-Streitigkeiten im Verhältnis zu den USA im Rahmen der TTIP ab und fordert die EU-Kommission auf, sich dafür einzusetzen, dass der Rechtsweg zu den nationalen Gerichten, der auch in diesen Streitigkeiten hinreichenden Rechtsschutz

bietet, erhalten bleibt. Die deutschen Gerichte sind in der Lage, rasch, kompetent, effektiv und kostengünstig alle zu erwartenden Streitfälle zu entscheiden. Investitionsabkommen sollen vor allem die Risiken von Kriegen, Umstürzen, Staatsbankrotten und Willkür abfangen, die in hochentwickelten Industrienationen unwahrscheinlich sind. Auch unter diesem Gesichtspunkt besteht daher kein Bedarf für die Vereinbarung von Schiedsgerichten.“

Offenbar scheint auch nach derzeitigem Stand das Vorsorgeprinzip als unsere Grundlage zur Sicherung unserer Gesundheit und Lebensmittelsicherheit nicht hinreichend geschützt zu sein. Der Handelsrechtler Prof. Dr. Peter-Tobias Stoll (Universität Göttingen) sieht es im bisherigen Vertragstext nur geringfügig verankert. Ihm zufolge seien die „wirklich wichtigen Kapitel wie Landwirtschaft“ davon unberührt. Das Prinzip, auf dem der EU-Umwelt- und Verbraucherschutz beruht, sei nicht gesichert. Ferner muss sichergestellt werden, dass in einer Vereinbarung mit Japan die Daseinsvorsorge nicht zum Gegenstand von Öffnungsverpflichtungen wird.

Hinsichtlich der Arbeitnehmerstandards bleibt zu beklagen, dass Japan bisher nur sechs der acht Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation ratifiziert hat: Das seit 1957 bestehende Übereinkommen 105 über die Abschaffung der Zwangsarbeit sowie das seit 1958 bestehende Übereinkommen 111 über Diskriminierung in Beschäftigung und Beruf warten bis heute auf ihre Umsetzung. Nach gegenwärtigem Kenntnisstand ist es aber nicht beabsichtigt, dies zur Bedingung eines erfolgreichen Abschlusses des JEFTA zu machen.

Auch die Regeln zur Nachhaltigkeit sollen offensichtlich sehr unverbindlich ausgestaltet werden. Die wenigen geplanten Schutzstandards sollen keine konkre-

ten Verpflichtungen enthalten. Insbesondere die Regeln zum Holzhandel seien laut David Gehl von der Environmental Investigation Agency extrem schwach und verpflichten die Parteien zu gar nichts. Befürchtet werde aufgrund dessen eine Zunahme des illegalen Holzhandels zwischen der EU und Japan. Ferner hat die EU-Kommission das Unterlassen des Walfangs nicht zur Bedingung für ein Handelsabkommen gemacht: Trotz des weltweiten Walfang-Moratoriums seit 1986 werden in Japan weiterhin bedrohte Arten gejagt. Zwar sieht das Abkommen auch hier eine Formulierung vor, die dem illegalen, heimlichen und unregulierten Fischfang vorbeugen soll, aber die Wirksamkeit der Regeln ist durchaus fraglich. Vieles soll zu einem späteren Zeitpunkt innerhalb neu geschaffener Gremien beratschlagt werden. So ist ein „spezialisiertes Komitee“ für die Überprüfung der Umsetzung der Nachhaltigkeits-Auflagen geplant. Eine Domestic Advisory Group aus Gewerkschaften, Umweltgruppen und Wirtschaftsverbänden soll gleichfalls zusammenreten. Im Falle von Streitfragen zwischen der EU und Japan soll ein dreiköpfiges Expertenpanel eingesetzt werden und Vorschläge unterbreiten. Ferner ist eine Plattform geplant, über die sich die Zivilgesellschaft im EU-Japan Handel mit Nachhaltigkeitsfragen auseinandersetzen soll. Unklar ist jedoch die Verbindlichkeit und Wirksamkeit der in diesen Gremien getroffenen Entscheidungen. Ohne klare Regelungen im Vertragstext selbst wird die Effektivität der Nachhaltigkeitsregelungen gefährdet.

Dem Landtag soll die Staatsregierung zudem über ihren gegenwärtigen Kenntnisstand der Verhandlungen berichten, indem sie den „Bericht der Staatsregierung zum aktuellen Stand der Verhandlungen um ein Freihandelsabkommen zwischen der EU und Japan“ vom 08.03.2016 gemäß Beschluss Drs. 17/10092 aktualisiert.



Beschlussempfehlung und Bericht

**des Ausschusses für Bundes- und
Europaangelegenheiten sowie regionale
Beziehungen**

**Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger,
Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und
Fraktion (FREIE WÄHLER)**
Drs. 17/17521

**Bayerische Interessen beim EU-Japan-Abkommen
schützen**

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung mit der Maßgabe, dass folgende Änderungen durchgeführt werden:

1. Im Einleitungssatz werden nach dem Wort „Europaebene“ die Wörter „auch weiterhin“ eingefügt.
2. In der Nummer 3 werden die Wörter „in den Vertragstexten“ gestrichen.
3. Die Nummer 5 wird wie folgt gefasst:
„5. Sozialstandards und Arbeitnehmerrechte effektiv geschützt werden und dass im Abkommen mit Japan die Einhaltung der Kernarbeitsnormen der internationalen Arbeitsorganisation (ILO) berücksichtigt wird.“
4. Im letzten Satz werden die Wörter „bis zum September 2017“ gestrichen.

Berichtersteller: **Dr. Hans Jürgen Fahn**
Mitberichterstatte(rin): **Mechthilde Wittmann**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie hat den Antrag mitberaten.

2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 62. Sitzung am 4. Juli 2017 beraten und einstimmig mit den in I. enthaltenen Änderungen Zustimmung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie hat den Antrag in seiner 71. Sitzung am 28. September 2017 mitberaten und einstimmig der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses zugestimmt.

Dr. Franz Rieger
Vorsitzender



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Drs. 17/17521, 17/18562

Bayerische Interessen beim EU-Japan-Abkommen schützen

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich im Rahmen der Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen zwischen der EU und Japan (JEFTA) auf Bundes- und Europaebene auch weiterhin dafür einzusetzen, dass

1. das Verhandlungsmandat schnellstmöglich veröffentlicht wird und die Verhandlungen mindestens das Maß an Transparenz erreichen, das die Europäische Kommission in ihrer neuen Handels- und Investitionsstrategie „Handel für alle“ ankündigte,

2. über das geplante Freihandelsabkommen zwischen der Europäischen Union und Japan keine Paralleljustiz in Form von Schiedsgerichten für Investitionsstreitigkeiten eingeführt wird,
3. der Schutz unserer Gesundheit und Lebensmittelsicherheit durch die vollumfängliche Gewährleistung des Vorsorgeprinzips sichergestellt wird,
4. der Schutz unserer öffentlichen Daseinsvorsorge und dabei insbesondere die Möglichkeiten zur Rekommunalisierung privatisierter öffentlicher Dienstleistungen sichergestellt wird,
5. Sozialstandards und Arbeitnehmerrechte effektiv geschützt werden und dass im Abkommen mit Japan die Einhaltung der Kernarbeitsnormen der internationalen Arbeitsorganisation (ILO) berücksichtigt wird,
6. effektive Regelungen mit verbindlichen Verpflichtungen zur Nachhaltigkeit aufgenommen werden.

Ferner wird die Staatsregierung aufgefordert, dem Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen schriftlich über ihren aktuellen Kenntnisstand über das Abkommen zu berichten.

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 2** auf:

Abstimmung

über eine Verfassungsverstöße und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 2)

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 2)

Wer mit der Übernahme des jeweils maßgeblichen Ausschussvotums entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Ich sehe bei der CSU nur zögerliche Zustimmung. –

(Volkmar Halbleib (SPD): Die sind noch beim geordneten Übergang, Herr Präsident! – Heiterkeit bei der SPD)

Das sind die Fraktionen der CSU, der SPD, der FREIEN WÄHLER und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? – Keine. Stimmenthaltungen? – Auch keine. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratende Verfassungsstreitigkeit und die Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 2)

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
- (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
- (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
- (A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
- (Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Verfassungsstreitigkeit

1. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 21. September 2017 (Vf. 15-VII-17) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit der Art. 11 Abs. 3, Art. 13 Abs. 1 Nr. 1b, Art. 14 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3, Art. 16, 17 Abs. 1 Nrn. 3 und 5, Art. 20 Nr. 3 und Art. 21 Abs. 1 Nr. 3 des Gesetzes über die Aufgaben und Befugnisse der Bayerischen Staatlichen Polizei (Polizeiaufgabengesetz – PAG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. September 1990 (GVBl. S. 397, BayRS 2012-1-1-I), das zuletzt durch § 1 des Gesetzes zur effektiveren Überwachung gefährlicher Personen vom 24. Juli 2017 (GVBl. S. 388) geändert worden ist
PII-G1310.17-0013
Drs. 17/18653 (G)

I. Der Landtag beteiligt sich an dem Verfahren.

II. Der Antrag ist unbegründet.

III. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Jürgen W. Heike bestellt.

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU

SPD

FREIE WÄHLER

GRÜ



Anträge

2. Antrag der Abgeordneten Andreas Lotte, Annette Karl, Natascha Kohnen u.a. SPD
Bezahlbaren Wohnraum in Dachgeschossen fördern
Drs. 17/16021, 17/18581 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

3. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Jürgen Mistol u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Für ein gutes Klima: Mehr Energieeffizienz im kommunalen Hochbau durch eine sinnvolle Wirtschaftlichkeitsberechnung
Drs. 17/16667, 17/18589 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

4. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Eva Gottstein u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Bericht zum Fall Franco A.! Sein Doppelleben als Oberleutnant der Bundeswehr und anerkannter Flüchtling im Freistaat Bayern und der Verdacht der Planung rechtsextremistischer Terroranschläge.
Drs. 17/16947, 17/18437 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

5. Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Florian von Brunn, Ruth Müller u.a. SPD
Kein Glyphosateinsatz zur Ernteerleichterung
Drs. 17/16976, 17/18453 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

6. Antrag der Abgeordneten Ruth Müller, Isabell Zacharias, Inge Aures u.a. SPD
Frauen integrieren Frauen – Fit für den Alltag in Deutschland:
Flächendeckendes Angebot für Frauen mit Migrationshintergrund schaffen
Drs. 17/16995, 17/18454 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

7. Antrag der Abgeordneten Gudrun Brendel-Fischer, Angelika Schorer,
Eric Beißwenger u.a. CSU
Teilnahme an Nebenlehrer-Seminarangeboten für Absolventinnen und
Absolventen eines Studiums der Agrarwissenschaften
Drs. 17/17080, 17/18455 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH

8. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann,
Gisela Sengl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Initiative für eine bayerische Weidemilch ergreifen
Drs. 17/17175, 17/18456 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

9. Antrag der Abgeordneten Volker Bauer, Dr. Otto Hünnerkopf, Gudrun Brendel-Fischer u.a. CSU
Mostereien in Bayern
Drs. 17/17189, 17/18458 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

10. Antrag der Abgeordneten Martin Schöffel, Dr. Florian Herrmann, Josef Zellmeier u.a. CSU
Zusätzlicher beleuchteter Parkplatz für Polizeikontrollen an der B 303
Drs. 17/17205, 17/18436 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

11. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Erfolgreichen Absolventen von Einstiegsqualifizierungsmaßnahmen die weitere Berufsausbildung ermöglichen
Drs. 17/17269, 17/18567 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

12. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Peter Meyer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
eJustice weiter vorantreiben!
Drs. 17/17271, 17/18568 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

13. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Angelika Weikert, Doris Rauscher u.a. und Fraktion (SPD)
Planungssicherheit für Geduldete und Ausbildungsbetriebe in Bayern verbessern
Drs. 17/17273, 17/18569 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

14. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Vom Land in den Mund – mehr Bioregio in staatlichen Kantinen,
bei Staatsempfängen und Festakten
Drs. 17/17311, 17/18459 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

15. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Mehr neue Hecken und Feldgehölze in der Agrarlandschaft
Drs. 17/17312, 17/18457 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

16. Antrag der Abgeordneten Volker Bauer, Dr. Florian Herrmann, Oliver Jörg u.a. CSU
Kleine und mittlere Vereine stärken
Drs. 17/17448, 17/18435 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH

17. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazolo u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Grundschulen in Bewegung I – Dritte Sportstunde in der 1. Klasse
Drs. 17/17488, 17/18574 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

18. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazolo u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Grundschulen in Bewegung II – Qualität des Schulsports an Grundschulen sicherstellen!
Drs. 17/17489, 17/18573 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

19. Antrag der Abgeordneten Hans-Ulrich Pfaffmann, Diana Stachowitz, Inge Aures u.a. SPD
EU-Japan-Abkommen darf nicht hinter gesetzte Standards zurückfallen
Drs. 17/17506, 17/18561 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

20. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Bayerische Interessen beim EU-Japan-Abkommen schützen
Drs. 17/17521, 17/18562 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

21. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Nikolaus Kraus u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Bayerische Finanzämter bei der Berechnung der Tarifglättung bei Einkünften aus Land- und Forstwirtschaft nicht im Regen stehen lassen
Drs. 17/17549, 17/18588 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

22. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Dr. Paul Wengert, Klaus Adelt u.a. SPD
Konversion von Militärf Flächen für Kommunen erleichtern
Drs. 17/17556, 17/18434 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

23. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Gerhard Waschler, Tobias Reiß, Ingrid Heckner u.a. CSU
Gewalt gegen Lehrkräfte ist nicht hinnehmbar –
Unterstützungs- und Präventionsangebote in den Mittelpunkt rücken
Drs. 17/17568, 17/18575 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

24. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Ulrich Leiner u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Innovative Ansätze und Formen in der Pflege durch Investitionskostenzuschüsse fördern
Drs. 17/17574, 17/18579 (E) [X]

Antrag der CSU-Fraktion gemäß § 126 Abs. 3 BayLTGeschO:
Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>